

Warum schwänzt Herr Nietnagel heute den Unterricht? – ein Unterrichtskrimi zum Lehrer*innenstreik

Falls die anstehenden Tarifverhandlungen Anfang 2019 nicht zu annehmbaren Ergebnissen führen sind Streiks notwendig, um den Forderungen Nachdruck zu verschaffen. Streikende Lehrerinnen und Lehrer sollen dann nicht vertreten werden. Auch die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen dürfen nicht als „Streikbrecher“ eingesetzt werden. Randstunden können auch für die Schülerinnen und Schülern (SuS) der Sekundarstufe I ausfallen, wenn die Streiktermine der Schulleitung früh genug bekannt sind und den Eltern mitgeteilt werden. In den anderen Unterrichtsstunden muss die Schulleitung in der Sek I die Aufsichtspflicht gewährleisten. Um den SuS verständlich zu machen, warum der Unterricht ausfällt, und die Arbeit der zur Aufsicht verpflichteten Kolleg*innen zu unterstützen, wurde dieses Mystery erstellt.

Ein Mystery ist wie ein Krimi und die SuS schlüpfen in die Rolle von Detektiv*innen, um den jeweiligen Fall zu lösen. Mysteries schulen insbesondere methodische als auch soziale Kompetenzen. Das benötigte Hintergrundwissen wird spielerisch erarbeitet. Wichtig ist, dass es keine Musterlösung gibt. Es sind vielmehr viele verschiedene Lösungen denkbar. Wichtig ist lediglich, dass die Zusammenhänge von den SuS richtig begründet bzw. eingeordnet werden können. Für den Einsatz dieses Mysteries sollten ca. 90 Minuten zur Verfügung stehen. Neben den für die verschiedenen Arbeitsphasen (siehe Arbeitsaufträge) veranschlagten 75 Minuten können zu Anfang noch Hypothesen seitens der SuS zur Leitfrage „Warum schwänzt Herr Nietnagel heute den Unterricht?“ aufgestellt werden. In jedem Fall sollte nach der Arbeitsphase noch Zeit bleiben, um die Leitfrage im Plenum zu beantworten sowie weitere SuS-Fragen (siehe Aufgabe 4) zu klären. Die Arbeitszeit kann erheblich verkürzt werden, wenn die Lehrkraft die Kärtchen des Mysteries bereits vorher für die Gruppenphase ausgeschnitten hat. Die Lehrkraft muss sich in jedem Fall vorher mit den Materialien auseinander gesetzt haben, um auch während der Arbeitsphase auftretende Fragen der SuS klären zu können. Das Material kann auch binnendifferenziert eingesetzt werden, indem noch mehr Kärtchen hinzugefügt oder weggelassen werden.

Eine mögliche Lösung nach vier Kategorien (je 10 Kärtchen pro Kategorie) wurde hier herausgearbeitet:

Kategorie 1: Unterschied zwischen verbeamteten und tarifbeschäftigten Lehrer*innen

- Herr Nietnagel und Herr Müller studieren beide an der Uni Köln Politik und Erdkunde auf Lehramt.
- Nach dem mit Bestnote abgeschlossenen Studium absolvieren beide ihr Referendariat.
- Nach dem Referendariat haben sowohl Herr Nietnagel als auch Herr Müller ein Bewerbungsgespräch an der Hans-Böckler-Schule. Die Schulleiterin entscheidet sich, beide einzustellen.
- Die neuen Lehrkräfte der Hans-Böckler-Schule werden zum Amtsarzt geschickt. Herr Müller war/ist kerngesund und wird verbeamtet. Herr Nietnagel wird aufgrund seines Alters nur als tarifbeschäftigter Lehrer angestellt.
- Trotz gleicher Arbeitszeit verdienen tarifbeschäftigte Lehrer*innen rund 500 Euro netto weniger als ihre verbeamteten Kolleg*innen.
- „Über 30 Dienstjahre gerechnet kann man sich davon ein Haus kaufen!“
- Im Ruhestand kauft sich Herr Müller ein Haus auf Teneriffa und fährt dort zweimal im Jahr in den Urlaub.
- Verbeamtete Lehrer*innen beziehen eine wesentlich höhere Pension als tarifbeschäftigte, die eine Rente erhalten.
- Der einzige Nachteil, den verbeamtete Lehrer*innen wie Herr Müller haben, ist, dass sie im Gegensatz zu ihren tarifbeschäftigten Kolleg*innen nicht streiken dürfen.
- Herr Nietnagel ist in der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)“ Mitglied. Sie setzt sich dafür ein, dass die Bezüge der tarifbeschäftigten Lehrer erhöht werden, damit sie genauso viel verdienen wie die verbeamteten Lehrer*innen.

Kategorie 2: Kaufkrafttheorie der Gewerkschaften vs. Schuldenbremse

- Nach der Kaufkrafttheorie sollen Lohnsteigerungen neben dem Produktivitätszuwachs und Inflationsausgleich auch eine Umverteilungskomponente enthalten.
- Nach dieser Theorie sind hohe Löhne nicht schlecht für die Vollbeschäftigung, sondern sogar notwendig. Nur wenn es genügend Nachfrage nach Gütern gibt, werden auch entsprechend viele Arbeitskräfte eingestellt.
- Die Kaufkrafttheorie entspricht der Sicht der Gewerkschaften, so auch der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (Verdi und die GEW).
- Verdi und die GEW weisen darauf hin, dass die Steuereinnahmen der Bundesländer aufgrund der guten Wirtschaftslage so hoch wie noch nie sind.
- „Die Finanzminister verbuchen Rekorderlöse. Wir fordern daher für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes 6% mehr Lohn! Für tarifbeschäftigte Lehrer gilt: Gleiche Arbeit – gleicher Lohn!“
- Die Finanzminister vieler Bundesländer – so auch Nordrhein-Westfalen - haben sich zu einer „Schuldenbremse“ verpflichtet.
- Die Schuldenbremse beinhaltet Regelungen zur Begrenzung der Nettokreditaufnahme der Bundesländer. Als konkrete Zielvorgabe wurde gesetzt, dass bis zum Jahr 2020 die Neuverschuldung abgebaut sein muss.
- Die Finanzminister der Bundesländer sind in der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) organisiert.

- Die TdL fungiert als öffentlicher Arbeitgeber und verhandelt mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes über Lohnerhöhungen.
- „Die Personalkosten stellen traditionell den größten Anteil der jährlichen Ausgaben der Bundesländer. Aufgrund der hohen Verschuldung unseres Landes plädiere ich daher für geringe Lohnerhöhungen“, sagt der Finanzminister.

Kategorie 3: Wie funktioniert ein Streik?

- Verdi, die GEW und die TdL verhandeln miteinander. Bereits während der Verhandlungen kann es zu Warnstreiks von Seiten der Gewerkschaften kommen. Warnstreiks sind zeitlich klar begrenzt.
- Falls bei den Verhandlungen kein Ergebnis erzielt worden ist, können sich beide Seiten auf ein Schlichtungsverfahren einigen. Ein von beiden akzeptierter Schlichter macht eine Einigungsempfehlung.
- Sollte auch die Schlichtung erfolglos bleiben, gibt es auf Seiten der Gewerkschaft eine Urabstimmung.
- Bei der Urabstimmung können alle Gewerkschaftsmitglieder darüber abstimmen, ob gestreikt werden soll oder nicht.
- Sollten 75% der Mitglieder oder mehr für den Streik stimmen, so beginnt der Streik.
- Ein Streik ist eine Maßnahme der Gewerkschaften im Arbeitskampf. Dabei kommt es zu einer gemeinsamen und planmäßigen Arbeitsniederlegung durch die Gewerkschaftsmitglieder mit dem Ziel, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.
- Wenn tarifbeschäftigte Lehrer streiken, hat dies zur Folge, dass sie nicht zur Schule gehen und ihr Unterricht ausfällt. Stattdessen sind sie mit anderen Gewerkschaftsmitgliedern unterwegs, um in der Öffentlichkeit für ihre Forderungen zu werben.
- Im Verlaufe des Streiks kann es zu erneuten Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes und den Gewerkschaften kommen. Während der Verhandlungen kann der Streik weiter gehen oder ruhen.
- Sollte bei diesen Verhandlungen ein Kompromiss gefunden worden sein, stimmen die Gewerkschaftsmitglieder erneut über diesen Vorschlag ab.
- Wenn 25% oder mehr Gewerkschaftsmitglieder für den Kompromissvorschlag votieren, ist der Streik beendet.

Kategorie 4 öffentliche Reaktionen zum Streik der Lehrer*innen:

- „Ich finde es gut, wenn die Angestellten des öffentlichen Dienstes für gerechte Löhne streiken. Davon können alle anderen Beschäftigten nur profitieren.“ (Dirk M., Einkaufsleiter)
- „Es ist ein Skandal, dass gleiche Arbeit nicht gleich entlohnt wird. Gerade der Staat sollte als Arbeitgeber seiner Vorbildfunktion gerecht werden!“ (Gabi L., Bankkauffrau)
- „Heute ist der Unterricht meiner Kinder ausgefallen. Ich habe Verständnis für die Anliegen der tarifbeschäftigten Lehrer*innen, aber der Streik führt für mich zu einem Betreuungsproblem.“ (David G., Vater von drei Kindern im Schulalter)
- „Wenn Lehrer*innen in ihrer Freizeit mehr Lohn fordern, habe ich nichts dagegen. Dass sie jedoch Unterricht bestreiken, halte ich aus bildungspolitischer Sicht für fatal.“ (Gero M., Ingenieur)
- „Es wäre viel wichtiger, die Gehälter der Erzieher*innen zu erhöhen, wenn man in Bildung investieren will. Lehrer*innen gehören bereits jetzt zur gehobenen Mittelschicht.“ (Ute)
- „Wir von der Bezirksschüler*innenvertretung solidarisieren uns mit den Forderungen der streikenden Lehrer*innen!“ (Lena, Sprecherin der Bezirksschülervertretung)
- „Gleichgültig, in welchem Beruf man tätig ist, das Streikrecht ist ein Grundrecht für alle Bürgerinnen und Bürger und kann von niemanden in Frage gestellt werden, ohne dass er die Axt an unser Grundgesetz setzt.“ (Fabiana U., Richterin am Arbeitsgericht)
- „Lohnerhöhungen schön und gut, aber 6% mehr Lohn halte ich für überzogen.“ (Ulrich W., Vorsitzender der Arbeitgebervereinigung)
- „Bildung ist ein hohes Gut. Wir dürfen gerade in Zeiten der Digitalisierung nicht an der Zukunft unserer Kinder sparen. Der Lehrerberuf muss insgesamt attraktiver werden. Daher sollten Lehrer*innen auch mehr Geld verdienen.“ (André S., Erziehungswissenschaftler)
- Wenn die Angestellten des öffentlichen Dienstes höhere Löhne erstreiken, so werden auch Lohnerhöhungen in den anderen Branchen fällig. Dies führt dazu, dass sich die Bevölkerung insgesamt mehr leisten kann und die Wirtschaft über den zusätzlichen Konsum angekurbelt wird. (John M. K., Ökonom)

Alternative Ordnungsmuster:

- a) nach Akteuren (verbeamtete Lehrer, tarifbeschäftigte Lehrer, Gewerkschaften, TdL&Co, sonstige) b) nach dem zeitlichen Ablauf

Arbeitsmaterialien als Kopiervorlage für den Unterricht **Warum schwänzt Herr Nietnagel heute den Unterricht?**

<ul style="list-style-type: none"> - „Die Finanzminister verbuchen Rekordeinnahmen. Wir fordern daher für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes 6 % mehr Lohn! Für tarifbeschäftigte Lehrer gilt: Gleiche Arbeit - gleicher Lohn!“ (GEW)
<ul style="list-style-type: none"> - „Bildung ist ein hohes Gut. Wir dürfen gerade in Zeiten der Digitalisierung nicht an der Zukunft unserer Kinder sparen. Der Lehrerberuf muss insgesamt attraktiver werden. Daher sollten Lehrer auch mehr Geld verdienen.“ (André S., Erziehungswissenschaftler)
<ul style="list-style-type: none"> - Falls bei den Verhandlungen kein Ergebnis erzielt worden ist, können sich beide Seiten auf ein Schlichtungsverfahren einigen. Ein von beiden akzeptierter Schlichter macht eine Einigungsempfehlung.
<ul style="list-style-type: none"> - Die Finanzminister vieler Bundesländer - so auch Nordrhein-Westfalen - haben sich zu einer „Schuldenbremse“ verpflichtet.
<ul style="list-style-type: none"> - Wenn tarifbeschäftigte Lehrer*innen streiken, hat dies zur Folge, dass sie nicht zur Schule gehen und ihr Unterricht ausfällt. Stattdessen sind sie mit anderen Gewerkschaftsmitgliedern unterwegs, um in der Öffentlichkeit für ihre Forderungen zu werben.
<ul style="list-style-type: none"> - „Über 30 Dienstjahre gerechnet kann man sich davon ein Haus kaufen!“
<ul style="list-style-type: none"> - Die Schuldenbremse beinhaltet Regelungen zur Begrenzung der Nettokreditaufnahme der Bundesländer. Als konkrete Zielvorgabe wurde gesetzt, dass bis zum Jahr 2020 die Neuverschuldung abgebaut sein muss.
<ul style="list-style-type: none"> - Herr Nietnagel und Herr Müller studieren beide an der Uni Köln Politik und Erdkunde auf Lehramt.
<ul style="list-style-type: none"> - Wenn die Angestellten des öffentlichen Dienstes höhere Löhne erstreiken, so werden auch Lohnerhöhungen in den anderen Branchen fällig. Dies führt dazu, dass sich die Bevölkerung insgesamt mehr leisten kann und die Wirtschaft über den zusätzlichen Konsum angekurbelt wird. (John M. K., Ökonom)
<ul style="list-style-type: none"> - Sollte auch die Schlichtung erfolglos bleiben, gibt es auf Seiten der Gewerkschaft eine Urabstimmung.
<ul style="list-style-type: none"> - „Lohnerhöhungen schön und gut, aber 6 % mehr Lohn halte ich für überzogen.“ (Ulrich W., Vorsitzender der Arbeitgebervereinigung)
<ul style="list-style-type: none"> - Im Ruhestand kauft sich Herr Müller ein Haus auf Teneriffa und fährt dort zweimal im Jahr in den Urlaub.
<ul style="list-style-type: none"> - Verdi und die GEW weisen darauf hin, dass die Steuereinnahmen der Bundesländer aufgrund der guten Wirtschaftslage so hoch wie noch nie sind.
<ul style="list-style-type: none"> - Verdi, die GEW und die TdL verhandeln miteinander. Bereits während der Verhandlungen kann es zu Warnstreiks von Seiten der Gewerkschaften kommen. Warnstreiks sind zeitlich klar begrenzt.
<ul style="list-style-type: none"> - „Wir von der Bezirksschülervertretung solidarisieren uns mit den Forderungen der streikenden Lehrer!“ (Lena, Sprecherin der Bezirksschüler*innenvertretung)
<ul style="list-style-type: none"> - Im Verlaufe des Streiks kann es zu erneuten Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes und den Gewerkschaften kommen. Während der Verhandlungen kann der Streik weiter gehen oder ruhen.
<ul style="list-style-type: none"> - Verbeamtete Lehrer*innen beziehen eine wesentlich höhere Pension als tarifbeschäftigte, die eine Rente erhalten.
<ul style="list-style-type: none"> - Ein Streik ist eine Maßnahme der Gewerkschaften im Arbeitskampf. Dabei kommt es zu einer gemeinsamen und planmäßigen Arbeitsniederlegung durch die Gewerkschaftsmitglieder mit dem Ziel, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.
<ul style="list-style-type: none"> - „Gleichgültig, in welchem Beruf man tätig ist, das Streikrecht ist ein Grundrecht für alle Bürgerinnen und Bürger und kann von niemanden in Frage gestellt werden, ohne dass er die Axt an unser Grundgesetz setzt.“ (Fabiana U., Richterin am Arbeitsgericht)
<ul style="list-style-type: none"> - Die Finanzminister der Bundesländer sind in der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) organisiert.
<ul style="list-style-type: none"> - Sollten 75% der Mitglieder oder mehr für den Streik stimmen, so beginnt der Streik.
<ul style="list-style-type: none"> - Trotz gleicher Arbeitszeit verdienen tarifbeschäftigte Lehrer*innen rund 500 Euro netto weniger als ihre verbeamteten Kollegen.
<ul style="list-style-type: none"> - Wenn 25% oder mehr Gewerkschaftsmitglieder für den Kompromissvorschlag votieren, ist der Streik beendet.
<ul style="list-style-type: none"> - „Es wäre viel wichtiger, die Gehälter der Erzieher*innen zu erhöhen, wenn man in Bildung investieren will. Lehrer*innen gehören bereits jetzt zur gehobenen Mittelschicht.“ (Ute)

- Der einzige Nachteil, den verbeamtete Lehrer*innen wie Herr Müller haben, ist, dass sie im Gegensatz zu ihren tarifbeschäftigten Kollegen nicht streiken dürfen.
- „Wenn Lehrer*innen in ihrer Freizeit mehr Lohn fordern, habe ich nichts dagegen. Dass sie jedoch Unterricht bestreiken, halte ich aus bildungspolitischer Sicht für fatal.“ (Gero M., Ingenieur)
- „Heute ist der Unterricht meiner Kinder ausgefallen. Ich habe Verständnis für die Anliegen der tarifbeschäftigten Lehrer, aber der Streik führt für mich zu einem Betreuungsproblem.“ (David G., Vater von drei Kindern im Schulalter)
- Nach dem Referendariat haben sowohl Herr Nietnagel als auch Herr Müller ein Bewerbungsgespräch an der Hans-Böckler-Schule. Die Schulleiterin entscheidet sich, beide einzustellen.
- Die TdL fungiert als öffentlicher Arbeitgeber und verhandelt mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes über Lohnerhöhungen.
- „Es ist ein Skandal, dass gleiche Arbeit nicht gleich entlohnt wird. Gerade der Staat sollte als Arbeitgeber seiner Vorbildfunktion gerecht werden!“ (Gabi L., Bankkauffrau)
- Sollte bei diesen Verhandlungen ein Kompromiss gefunden worden sein, stimmen die Gewerkschaftsmitglieder erneut über diesen Vorschlag ab.
- Die neuen Lehrkräfte der Hans-Böckler-Schule werden zum Amtsarzt geschickt. Herr Müller war/ist kerngesund und wird verbeamtet. Herr Nietnagel wird aufgrund seines Alters nur als tarifbeschäftigter Lehrer angestellt.
- „Ich finde es gut, wenn die Angestellten des öffentlichen Dienstes für gerechte Löhne streiken. Davon können alle anderen Beschäftigten nur profitieren.“ (Dirk M., Veranstaltungskaufmann)
- Nach dieser Theorie sind hohe Löhne nicht schlecht für die Vollbeschäftigung, sondern sogar notwendig. Nur wenn es genügend Nachfrage nach Gütern gibt, werden auch entsprechend viele Arbeitskräfte eingestellt.
- Bei der Urabstimmung können alle Gewerkschaftsmitglieder darüber abstimmen, ob gestreikt werden soll oder nicht.
- Die Kaufkrafttheorie entspricht der Sicht der Gewerkschaften, so auch der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (Verdi und die GEW).
- „Die Personalkosten stellen traditionell den größten Anteil der jährlichen Ausgaben der Bundesländer. Aufgrund der hohen Verschuldung unseres Landes plädiere ich daher für geringe Lohnerhöhungen“, sagt der Finanzminister.
- Herr Nietnagel ist in der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)“ Mitglied. Sie setzt sich dafür ein, dass die Bezüge der tarifbeschäftigten Lehrer erhöht werden, damit sie genauso viel verdienen wie die verbeamteten Lehrer*innen.
- Nach der Kaufkrafttheorie sollen Lohnsteigerungen neben dem Produktivitätszuwachs und Inflationsausgleich auch eine Umverteilungskomponente enthalten.
- Nach dem mit Bestnote abgeschlossenen Studium absolvieren beide ihr Referendariat .

Aufgaben:

- 1.) Schneidet die einzelnen Kärtchen des Mysterys aus und lest sie Euch durch. (15 Minuten)**
- 2.) Versucht unklare Begriffe und Zusammenhänge zu klären. (20 Minuten)**
- 3.) Sortiert die Kärtchen in ein für Euch nachvollziehbares Muster, mit dem Ihr auch die Leitfrage „Warum schwänzt Herr Nietnagel heute den Unterricht?“ beantworten könnt. (25 Minuten)**
- 4.) Formuliert weitere Fragen für den Kurs/die Klasse. (15 Minuten)**